



Verband der
Fleischwirtschaft e.V.

Verband der Fleischwirtschaft e. V. • Adenauerallee 118 • 53113 Bonn

An den
Sozialausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages

Adenauerallee 118
53113 Bonn

Telefon: +49 (0)228 914 240
Telefax: +49 (0)228 914 24-24

E-Mail: info@v-d-f.de
Internet: www.v-d-f.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/5889

26. Mai 2021

Arbeits- und Gesundheitsschutz in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
(Drucksachen 19/1756)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme in vorgenannter Angelegenheit.

Seit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD (Drucksachen 19/1756 vom 22.10.2019) sind nun rund 1,5 Jahre vergangen. Die dazugehörige Plenardebatte vom 22.01.2020 liegt ebenfalls etwas mehr als ein Jahr zurück.

Zwischenzeitlich haben im Zuge der Pandemie das Arbeitsschutzkontrollgesetz (ASKG), der COVID-19-Arbeitsschutzstandard, die COVID-19-Arbeitsschutzregel sowie die landesrechtlichen Vorschriften, insbesondere die einschlägigen Allgemeinverfügungen zum Vollzug des Arbeitsschutzgesetzes und der Arbeitsstättenverordnung, für einen völlig neuen, strengeren Rechtsrahmen in der Fleischwirtschaft gesorgt.

Unseres Erachtens haben damit sowohl die Große Anfrage als auch die entsprechende Antwort der Landesregierung in Bezug auf die Fleischwirtschaft (Fragen 19 und 35) allenfalls noch historischen Wert. Ungeachtet dessen werden wir dem Sozialausschuss am 27.05.2021 per Videokonferenz für etwaige Fragen zur Verfügung stehen.

Bezüglich der Antwort der Landesregierung möchten wir jedoch auf die Antworten 37 und 40 hinzuweisen. Dort heißt es, dass sich in den Jahren 2014 bis 2018 die Zahl der

Anordnungen, Verwarnungen und Bußgelder im Bereich „Arbeit- und Gesundheitsschutz“ im Wesentlichen halbiert hat und keine Branche – also auch nicht die Fleischwirtschaft - laut Information der StAUK in diesem Zeitraum besonders aufgefallen ist.

Abschließend möchten wir die Gelegenheit nutzen um zum wiederholten Mal für die Schaffung von günstigem Wohnraum in ländlich geprägten Kreisen wie Segeberg und Steinburg zu werben. Nach unseren Erfahrungen suchen viele Beschäftigte in der Fleischwirtschaft nach Möglichkeiten, in Deutschland auch mit ihren Familien Fuß zu fassen. Für diese Menschen – und das haben wir bereits in der Anhörung des Umwelt- und Agrarausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages im Jahr 2016 und nochmals im Sozialausschuss im vergangenen Jahr (zu Drucksache 19/1363) vorgebracht - ist das größte Hindernis fehlender, erschwinglicher Wohnraum vor Ort. Wir regen daher an, die Möglichkeiten des neuen Baulandmobilisierungsgesetzes in diesem Sinne zu prüfen, mit den vorgenannten Kreisen und den dort ansässigen Unternehmen konkrete Planungen für die Schaffung von günstigen Wohnraum aufzunehmen und auch die mobile Beratung mit der Suche und Vermittlung von Wohnraum für die Beschäftigten der Fleischwirtschaft zu befassen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Heike Harstick
Hauptgeschäftsführerin

Sven Heumann LL.M.